

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen  
(14. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Pfeffermann, Dr. Schulte  
(Schwäbisch Gmünd), Sick, Dr. Jobst, Schröder (Lüneburg),  
Dr. Stavenhagen, Weber (Heidelberg), Lenzer, Straßmeir, Dr. Friedmann,  
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Riesenhuber, Wissmann, Dr. Langguth,  
Bühler (Bruchsal), Dr. Stark (Nürtingen) und Genossen  
und der Fraktion der CDU/CSU  
— Drucksache 8/2691 —**

### **Förderung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen**

#### **A. Problem**

Zur Einsparung von Mineralöl soll der Einsatz von Elektrofahrzeugen gefördert werden.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung soll einen Bericht über den serienmäßigen Einsatz von Elektrofahrzeugen im Nahverkehr — insbesondere auch bei der Deutschen Bundespost — vorlegen.

**Einmütigkeit im Ausschuß**

#### **C. Alternativen**

entfallen

#### **D. Kosten**

entfallen

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert,

1. dem Deutschen Bundestag bis zum 1. November 1980 einen Bericht über die Förderungsmöglichkeiten, die derzeitigen Einsatzmöglichkeiten und Hemmnisse für den serienmäßigen Einsatz von Elektrofahrzeugen vorzulegen sowie die Notwendigkeiten von Forschungsförderung zu weiteren technischen Entwicklungen darzustellen,
2. in dem Bericht insbesondere auch die Möglichkeiten großer Fuhrparks im Zustell- und Verteilerverkehr von Betrieben der öffentlichen Hand im Nahverkehr, zum Beispiel der Deutschen Bundespost, einzubeziehen.

Bonn, den 5. März 1980

**Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

<b>Lemmrich</b>	<b>Batz</b>
Vorsitzender	Berichterstatler

## Bericht des Abgeordneten Batz

Der in Drucksache 8/2691 enthaltene Antrag wurde in der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Juni 1979 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen federführend sowie dem Innenausschuß, dem Wirtschaftsausschuß und dem Ausschuß für Forschung und Technologie zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. März 1980 beraten.

Der Antrag zielt darauf ab, das Automobil von seiner einseitigen Bindung an das knapper werdende Importgut Mineralöl allmählich zu lösen. Als technische Alternative kommt hier u. a. der Einsatz von Elektrofahrzeugen besonders im Nahverkehr in Betracht, wobei es jedoch Probleme bezüglich der Herstellungskosten der Fahrzeuge und bezüglich der

Reichweite der Batterien sowie bei Omnibussen bezüglich der Heizung gibt.

In Übereinstimmung mit allen mitberatenden Ausschüssen bejaht auch der Verkehrsausschuß diese Ziele des Antrages und hält daher den vorgeschlagenen Berichtsauftrag an die Bundesregierung zum 1. November 1980 für angemessen und erforderlich. Die Deutsche Bundespost wird im Frühjahr 1980 erstmalig derartige neuentwickelte Elektrofahrzeuge zur Probe einsetzen. Zum Ende dieses Jahres werden sich erste Ergebnisse dieser Versuchsreihe über weitere Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten abzeichnen. Dem Deutschen Bundestag sollte daher auch darüber berichtet werden.

Die Formulierung der Beschlußempfehlungen in Nummer 1 geht auf eine Empfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie zurück.

Bonn, den 5. März 1980

**Batz**

Berichterstatter

